

Pressemitteilung

6. Januar 2017

Alle Abschiebungen nach Afghanistan stoppen

PARITÄTISCHER Hessen appelliert an Landesregierung und Landtag

„Afghanistan ist kein sicheres Land. Hessen sollte sich nicht an weiteren Sammelabschiebungen in das Bürgerkriegsland beteiligen und darüber hinaus dorthin auch keine Einzelabschiebungen durchführen“, sagt Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbands Hessen.

Mit einem entsprechenden Appell hat sich der PARITÄTISCHE Hessen in einem Offenen Brief an den Ministerpräsidenten Volker Bouffier, an den Innenminister Peter Beuth und an alle Landtagsfraktionen gewandt.

Die erste Sammelabschiebung von 34 Menschen nach Afghanistan war am 14. Dezember 2016 vom Frankfurter Flughafen erfolgt, trotz massiven Protests von Menschenrechtsorganisationen. Mit an Bord der Maschine nach Kabul waren auch vier abgelehnte Asylbewerber aus Hessen. Eine zweite Sammelabschiebung hat das Bundesinnenministerium für Januar 2017 angekündigt.

Einen Tag nach der ersten Sammelabschiebung hatte der hessische Landesverband der Grünen die Sammelabschiebung als „eine politische Inszenierung zulasten der abgelehnten Asylbewerber“ kritisiert. Diese Einschätzung teilt der PARITÄTISCHE Hessen ausdrücklich.

„Doch das ist nicht genug. Wir appellieren an die Vertreterinnen und Vertreter der hessischen Landesregierung, Abschiebungen nach Afghanistan sofort und ausnahmslos auszusetzen“, sagt Lea Rosenberg, Referentin für Flucht und Asyl beim PARITÄTISCHEN Hessen. „Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Sammelabschiebungen oder Einzelmaßnahmen handelt. Nach ihrer Rückkehr nach Afghanistan sind alle Betroffenen von Gewalt und schlimmstenfalls vom Tod bedroht.“

Vorbilder für Hessen könnten die Länder Brandenburg, Bremen, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Schleswig-Holstein sein, die politische Bedenken gegen Abschiebungen nach Afghanistan erhoben haben, während sich neben Hessen auch die Länder Baden-Württemberg,

Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland an der ersten Sammelabschiebung beteiligt haben.

Selbst das dem Innenministerium unterstehende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geht in seinem derzeitigen Herkunftsländerleitsatz für Afghanistan davon aus, dass alle Teile des Landes von innerstaatlichen bewaffneten Konflikten betroffen sind. Das Auswärtige Amt warnt dringend vor Reisen nach Afghanistan, da ein hohes Risiko bestehe, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden.

Vor dem Hintergrund dieser Lageeinschätzung ist es völlig unverständlich, dass die Bundesregierung vermeintlich sichere Regionen in Afghanistan deklariert und die EU ein Rückführungsabkommen mit der afghanischen Regierung abgeschlossen hat, nach dem zehntausende von Flüchtlingen zurückgeführt werden sollen.

„Menschen nach Afghanistan zurückzuschicken ist unverantwortlich“, betont der Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen. „Die hessische Landesregierung sollte sich dieser unmenschlichen Praxis verweigern und Geflüchteten aus Afghanistan eine sichere Bleibeperspektive bieten.“

Ansprechpartnerinnen beim PARITÄTISCHEN Hessen:

Lea Rosenberg

Referentin Flucht und Asyl

Telefon: 069/95 52 62-52

E-Mail: lea.rosenberg@paritaet-hessen.org

Maria-Theresia Schalk

Referentin für Migration

Telefon: 069/95 52 62-37

E-Mail: maritz.schalk@paritaet-hessen.org

Der PARITÄTISCHE Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 55.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER
Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org